

EMA entscheidet heute über die Genehmigung

Amsterdam / Berlin. Die Signale sind grün: An diesem Freitag wird die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) voraussichtlich die bedingte Zulassung des Impfstoffs durch den Hersteller Astrazeneca empfehlen. Dann muss nur noch die EU-Kommission ihre Zustimmung geben. Dies ist eine Formalität und könnte auch diesen Freitag passieren. Dies würde der EU den dritten Impfstoff gegen Covid-19 geben – etwa ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Krise in Europa. Bisher wurden in der EU nur die Impfstoffe von Biontech / Pfizer und Moderna zugelassen. Der Wirkstoff des schwedisch-britischen Herstellers Astrazeneca ist für viele EU-Länder besonders vielversprechend. Der Impfstoff, den das Unternehmen gemeinsam mit der …

Amsterdam / Berlin. Die Signale sind grün: An diesem Freitag wird die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) voraussichtlich die bedingte Zulassung des Impfstoffs durch den Hersteller Astrazeneca empfehlen. Dann muss nur noch die EU-Kommission ihre Zustimmung geben. Dies ist eine Formalität und könnte auch diesen Freitag passieren. Dies würde der EU den dritten Impfstoff gegen Covid-19 geben – etwa ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Krise in Europa.

Bisher wurden in der EU nur die Impfstoffe von Biontech / Pfizer und Moderna zugelassen. Der Wirkstoff des schwedisch-britischen Herstellers Astrazeneca ist für viele EU-Länder besonders vielversprechend. Der Impfstoff, den das Unternehmen gemeinsam mit der Universität Oxford entwickelt hat, wird seit Januar in Großbritannien in großem Umfang

eingesetzt.

Die Vorteile des Präparats sind: Es ist vergleichsweise billiger als die beiden anderen und besonders für Massenimpfungen viel praktischer. Es muss also nicht gefroren gelagert werden. Es gibt jedoch Lieferprobleme und es ist noch unklar, wie effektiv es für ältere Menschen sein wird. Beobachter erwarten, dass die EMA-Experten den Impfstoff zunächst nur für Personen zwischen 18 und 65 Jahren zulassen.

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

Hilft die Astrazeneca-Impfung auch älteren Menschen?

Eine solche Altersgrenze wird auch von der Ständigen Impfkommission (Stiko) empfohlen, wie vom Bundesgesundheitsministerium angekündigt. Weil die derzeit verfügbaren Daten für die Zulassung älterer Menschen nicht ausreichen. Der Hersteller Astrazeneca hatte zuvor Berichte entschieden als falsch abgelehnt, wonach der Impfstoff bei Menschen über 65 Jahren nur zu acht Prozent wirksam war. Der britische Premierminister Boris Johnson bestritt auch Bedenken hinsichtlich des Astrazeneca-Impfstoffs für Menschen über 65 Jahren. Die britische Regulierungsbehörde ist der Ansicht, dass der Impfstoff in allen Altersgruppen eine gute Immunantwort aufweist, sagte Johnson am Donnerstag.

Das Lieferproblem ist noch ungelöst. Die EU-Kommission ist in einen heftigen Streit mit dem Hersteller verwickelt. Er hatte angegeben, dass er aufgrund von Produktionsproblemen rund 60 Prozent weniger liefern könne. Daher konnten große Mengen des Impfstoffs für Deutschland und andere EU-Länder erst

Wochen oder Monate später verfügbar sein. Dies droht jedoch, dass Impfprogramme in vielen EU-Ländern zum Stillstand kommen. Die EU hatte insgesamt 400 Millionen Impfstoffdosen bestellt und besteht auf einer Lieferung.

Sollte mehr Pflegepersonal geimpft werden?

Die EMA hatte die Studien und Daten von Astrazeneca monatelang mit dem sogenannten Rolling Review-Verfahren überprüft. Die Experten werten dann die Daten aus, auch wenn die Tests noch nicht abgeschlossen sind und der Antrag auf Genehmigung noch nicht eingereicht wurde. Dies kann den Prozess erheblich verkürzen. Die Prüfungen werden übrigens nach der Zulassung fortgesetzt. Weil Berichte über Nebenwirkungen oder Daten zum Langzeitschutz weiterhin ausgewertet werden. Die Behörde erteilt zunächst nur eine bedingte Genehmigung für das Inverkehrbringen. Der Hersteller ist weiterhin zur Angabe von Daten verpflichtet.

Nach Stikos Empfehlung, nur Erwachsene unter 65 Jahren mit dem Medikament Astrazeneca impfen zu lassen, fordern Politiker in Deutschland Konsequenzen. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken und der Vizepräsident der FDP, Wolfgang Kubicki, forderten in den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitag) auf, dass Klinik- und Pflegepersonal dem Astrazeneca-Impfstoff Vorrang einräumen sollten. FDP-Chef Christian Lindner empfahl die Impfung von Pädagogen und Lehrern beim Fernsehsender Phoenix. „Dies sind ultra-systemrelevante Berufe. Sie sollten früher als geplant ein Impfangebot erhalten“, sagte Lindner.

Der Impfgipfel steht unmittelbar bevor

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach erwartet, dass medizinisches Personal und Polizisten schneller geimpft werden, da die ersten beiden Risikogruppen hauptsächlich aus über 70-Jährigen bestehen. „Aber auch die Mitglieder des

Bundestages und der Regierung gehören zur dritten Impfgruppe. Ich auch selbst“, sagte Lauterbach von der Augsburger Allgemeinen (Freitag). Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger beschrieb es in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Freitag) als ein vertrauensbildendes Signal, „wenn beispielsweise der Bundeskanzler öffentlich geimpft würde“.

Mit einem Impfgipfel am kommenden Montag wollen Bund und Länder das Vertrauen der Bevölkerung für die schleppenden Massenimpfungen gewinnen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, und der Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts, Klaus Cichutek, wollen am Freitag (10 Uhr) zur aktuellen Situation in Berlin Stellung nehmen.

Wie kann die Produktion erweitert werden?

SPD-Chef Esken nannte das Impftreffen dringend. „Die Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen muss endlich oberste Priorität haben“, forderte sie. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sagte im ZDF-Programm „maybrit illner“, das Treffen sei nicht symbolisch. Es geht darum, neue Ideen und Lösungen zu finden. Man muss aber auch realistisch sein, „es wird keine schnelle Lösung geben“.

Der Präsident der Deutschen Ärztekammer, Klaus Reinhardt, begrüßte den Impfgipfel, um mit den Impfstoffherstellern praktische Lösungen zu finden. „Es sollte zum Beispiel dringend geprüft werden, ob und wie die EU-Kommission sowie Bund und Länder die Zusammenarbeit zwischen Pharmaherstellern durch schnelle Zulassungsverfahren für Produktionsanlagen unbürokratisch fördern und intensivieren können“, forderte Reinhardt in der „Rheinischen Post“. (Freitag).

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de